

Franziskanerhof
Barfüssergasse 28, Postfach 15
4502 Solothurn
Telefon 032 627 60 30
Telefax 032 627 60 31

Medienmitteilung

Geschäftsbericht der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2016

Solothurn, 14. März 2017 – An seiner heutigen Sitzung hat der Regierungsrat den Geschäftsbericht der Staatsanwaltschaft für das Jahr 2016 zur Kenntnis genommen. Die Staatsanwaltschaft berichtet darin über ein sehr intensives Arbeitsjahr. Die Verfahrenseingänge und auch die Erledigungszahlen sind anhaltend hoch. Insbesondere wurden sehr viele Verfahren an die Gerichte überwiesen. Trotzdem konnte eine Erhöhung der Pendenzen nicht verhindert werden.

Bei der Staatsanwaltschaft gingen im letzten Jahr Geschäfte mit 32'839 Beschuldigten ein, was einen neuen Rekord darstellt. Obschon mit 32'138 erledigten Fällen der Planwert ebenfalls übertroffen wurde, konnte eine Erhöhung der Pendenzenlast nicht verhindert werden. Bei den Verbrechen und Vergehen stieg die Pendenzenlast um 137 auf den besorgniserregenden Wert von 2'758 Verfahren.

Eine signifikante Aufwandsteigerung zeigt sich in der Zunahme derjenigen Fälle, die nicht im Strafbefehlsverfahren erledigt werden können. Unter den 398 Überweisungen an die erstinstanzlichen Gerichte (Vorjahr: 339) befanden sich eigentliche Anklagen (ohne Festhalten an Strafbefehl) gegen 241 beschuldigte Personen (Vorjahr 189). Die Anzahl Anklagen mit persönlichem Auftritt der Staatsanwaltschaft vor Gericht belief sich auf 155 und hat sich damit im Vergleich zu 2011 nahezu verdreifacht. Eine wichtige Ursache dürfte darin liegen, dass die Strafzumessung in gewissen Bereichen (z.B. Einbruchdiebstahl) verschärft wurde. Zudem profitierten wir davon, dass der Bereich Organisierte Kriminalität (Menschenhandel/Drogenhandel) im Berichtsjahr nicht durch neue Grossaktionen absorbiert war, sondern etliche Pendenzen abarbeiten konnte.

Aufgrund der grossen Belastung wurden in der Staatsanwaltschaft verschiedene punktuelle und zeitlich befristete Entlastungsmassnahmen ergriffen. Für das laufende Jahr bewirkt die per 1. Oktober 2016 in Kraft getretene Umsetzung der Ausschaffungsinitiative eine weitere spürbare Zusatzbelastung. Mittelfristig muss damit gerechnet werden, dass eine dauerhafte Verbesserung der Ressourcen nötig sein wird.

Der vollständige Geschäftsbericht kann unter <https://www.so.ch/verwaltung/bau-und-justizdepartement/staatsanwaltschaft/geschaeftsberichte/> eingesehen werden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Hansjürg Brodbeck, Oberstaatsanwalt, 032 627 63 10, heute von 16.00 bis 17.00 Uhr.